

Sergej Slutsch

Warum brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR? Einige Aspekte des Problems

Bekanntlich gibt es in der russischen Geschichtsschreibung bis zum heutigen Tag keine einheitliche Meinung hinsichtlich der Bewertung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939.¹ Als erstaunlich langlebig erwiesen sich die aus der allgemein bekannten Historischen Auskunft „Geschichtsfälscher“ (Istoričeskaja spravka „Faľsifikatory istorii“) übernommenen Einschätzungen, die insbesondere folgende Probleme betreffen: Erstens konnte die UdSSR angeblich infolge des Abschlusses dieses Abkommens einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland und Japan unter den Bedingungen politischer Isolation der UdSSR vermeiden; zweitens im beginnenden Zweiten Weltkrieg ihre Neutralität bewahren; und drittens Zeit gewinnen – fast zwei Jahre für „eine bessere Vorbereitung [ihrer] Kräfte zur Abwehr eines eventuellen Aggressorenüberfalls“.² Die Auflistung dieser Pluspunkte – losgelöst von den tatsächlichen Ereignissen zwischen 1939 und 1941 – kann den Eindruck erwecken, für die UdSSR sei in der Tat in der zweiten Augusthälfte 1939 ein ernsthafter strategischer Gewinn vorhanden gewesen. Freilich muss hier sogar beim historischen Laien unweigerlich die Frage aufkommen, wozu es Adolf Hitler, der stets die Eroberung der Sowjetunion als Hauptaufgabe seines Eroberungsprogramms auf dem europäischen Kontinent betrachtete, es eigentlich nötig hatte, Stalin und dem ihm so sehr verhassten „jüdisch-bolschewistischen Staat“ eine solche „Artigkeit“ zu erweisen, anstatt die UdSSR bereits 1939 zu überfallen? Wozu also benötigte Hitler den Nichtangriffspakt mit der UdSSR?

Nach dem Münchener Abkommen tendierte Hitler immer mehr zu einem Krieg mit den Westmächten, für dessen Vorbereitung er Zeit benötigte. In einer Rede vor den Spitzen der Wehrmacht am 22. August 1939 erklärte Hitler den Anwesenden: „Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu

¹ Vgl. die Bewertungen dieses Ereignisses durch russische Historiker in den letzten zehn Jahren: *Vladislav P. Smirnov*: Mjunchenskaja konferencija i sovetko-germanskij pakt o nenapadenii v diskussijach rossijskich istorikov. In: *Michail M. Narinskij, Slavomir Dembskij* (red.): *Meždunarodnyj krizis 1939 goda v traktovkach rossijskich i pol'skich istorikov*. Moskva 2009, S. 9–45; *Anton Korolenkow*: Die Sowjetunion und der Westen am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges: einige Aspekte der neuesten russischen Geschichtsschreibung. In: *Bianka Pietrow-Ennker* (Hrsg.): *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*. Ergänzte Neuausg. Frankfurt/M. 2011, S. 212–238.

² *Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges*. Berlin 1948, S. 49 [Russ. Orig.: *Faľsifikatory istorii*. Istoričeskaja spravka. Moskva 1948, S. 53.]

kämpfen.“³ Diese Erwägung wird sowohl durch die gesamte Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zeit nach München als auch durch die operative Arbeit der höheren Wehrmachtsstäbe in jenen Monaten bestätigt. Zugleich erforderte der Krieg gegen die Westmächte, wenn man die damaligen Kräfteverhältnisse vor allem zu Wasser und in der Luft berücksichtigt, entsprechende – und dabei nicht geringe – materiell-technische und auch außenpolitische Vorbereitungen.

Diese Schlussfolgerung beruht sowohl auf Äußerungen deutscher Politiker⁴ als auch auf der Analyse der laufenden operativen Arbeiten der höheren Wehrmachtsstäbe. Am 25. Oktober 1938 wurde im Oberkommando der Kriegsmarine die Denkschrift „Seekriegführung gegen England“⁵ ausgearbeitet, die die theoretische Begründung für den „Z-Plan“ darstellt – eines groß angelegten Flottenbauprogramms, dessen Vollendung bis 1945 geplant war.⁶ Als er diesen Plan Ende Januar 1939 genehmigte, versicherte Hitler dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Erich Räder, dass gerade der Flottenbau in den nächsten Jahren absolute Priorität erhalten werde.⁷ Und das, obwohl Hitler noch im Herbst 1938 entschieden hatte, dass sich auch die Luftwaffe intensiv auf einen Krieg mit England vorbereiten müsse und befahl im Rahmen eines „gewaltigen Fertigungsprogramms“ die Luftwaffe „unverzüglich zu vervielfachen“.⁸

Davon, dass die Absichten der Führung des Dritten Reiches sich in dieser Phase auf den Kampf mit dem Westen konzentrierten, zeugt auch ein Gespräch Joachim von Ribbentrops mit Admiral Wilhelm Canaris vom 9. Dezember 1938, in dessen Verlauf der Reichsminister den Chef der Abwehr in die Kriegspläne gegen die Westmächte einweihte. Vorausgehen sollten die Liquidierung „der Rest-Tschechei“ und die Aufnahme enger Verbindungen mit Polen.⁹ Ein weiteres bedeutsames Argument für die antiwestliche Ausrichtung der nationalsozialistischen Außenpolitik in dieser Zeit waren die Meinungsverschiedenheiten Berlins mit Tokio, das einem Beitritt zum Dreimächtepakt ausschließlich unter

³ Akten zur deutschen auswärtigen Politik. 1918–1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes (ADAP), Ser. D, Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch: 9. Aug. bis 3. Sept. 1939. Baden-Baden 1956, Dok. 192, S. 168.

⁴ In einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister, G. Ciano, am 28. Oktober 1938 erklärte der Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, J. von Ribbentrop, dass nach Ansicht Hitlers, „in vier bis fünf Jahren ein bewaffneter Konflikt mit den westlichen Demokratien als im Bereich der Möglichkeiten liegend angesehen werden müsse.“ (ADAP, Ser. D, Bd. IV: Die Nachwirkungen von München. Okt. 1938 – März 1939. Baden-Baden 1951, Dok. 400, S. 452).

⁵ *Michael Salewski*: Die deutsche Seekriegsleitung, 1935–1945. 3 Bde. Bd. 3: Denkschriften und Lagebetrachtungen, 1938–1944. Frankfurt/M. 1973, Dok. 1, S. 27–45.

⁶ *Erich Raeder*: Mein Leben. 2 Bde. Bd. 2: Von 1935 bis Spandau 1955. Tübingen 1957, S. 159–160.

⁷ Vgl. *David Irving*: Hitlers Weg zum Krieg. München/Berlin 1979, S. 321.

⁸ *David Irving*: Die Tragödie der deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch. Frankfurt/M. u. a. 1970, S. 119. Gemäß diesem Programm musste die Anzahl der deutschen Kampfflieger bis 1942 19 000 Flugzeuge übersteigen. Vgl. *Karl-Heinz Völker*: Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der deutschen Luftwaffe. Aus den Geheimakten des Reichswehrministeriums 1919–1933 und des Reichsluftfahrtministeriums 1933–1939. Stuttgart 1968, Dok. 89, S. 211f.

⁹ *Helmuth Groscurth*: Tagebücher eines Abwehroffiziers. 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. von *Helmut Krausnick*, *Harold Deutsch*, *H. von Kotze*. Stuttgart 1970, S. 159.

der Bedingung seiner antisowjetischen Ausrichtung zugestimmt hatte.¹⁰ Die antiwestliche Orientierung Deutschlands belegen auch die Ende November 1938 im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) im Auftrag Hitlers ausgearbeiteten „Gedanken für Wehrmachtsbesprechungen [der Führung] mit Italien“,¹¹ was im Übrigen nicht bedeutete, dass Hitler sich anschickte, in nächster Zeit einen Krieg gegen die Westmächte zu führen. Was die Absichten anbelangt, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1939 ohnehin in der Reichskanzlei abzeichneten, so sah Hitler, nach Ansicht des bekannten deutschen Historikers Hermann Graml, „weder außenpolitische noch militärisch-strategische oder gar wirtschaftliche Gründe, die ihm als zwingend erschienen wären“, einen Krieg bereits in jenem Jahr zu beginnen.¹²

Im Rahmen eines künftigen Westfeldzuges wies Hitler Polen eine Schlüsselrolle bei der Versorgung des deutschen Hinterlandes im Osten zu, und genau in diese Richtung wurden die wichtigsten politisch-diplomatischen Kräfte des Dritten Reiches von Mitte Herbst 1938 bis Mai 1939 konzentriert. Gemäß den Plänen der nationalsozialistischen Führung sollte die Umsetzung des sogenannten Planes zur Generalbereinigung der Beziehungen mit Polen, den von Ribbentrop dem polnischen Botschafter, Józef Lipski, am 24. Oktober 1938 darlegte,¹³ die loyale Haltung Warschaws während des Westfeldzuges des Reiches garantieren. Wäre die polnische Regierung Berlin entgegengekommen, hätte der Krieg allem Anschein nach 1939 nicht begonnen, da Deutschland zum Kampf gegen die Westmächte damals offensichtlich noch nicht bereit war.¹⁴ Doch trotz mehrmonatiger, sowohl von diplomatischen Ermahnungen als auch Druck begleiteter Bemühungen weigerten sich die führenden Repräsentanten Polens, die Bedingungen des Abkommens mit dem Reich anzunehmen. Zum Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung der antiwestlichen Strategie Hitlers geworden, ließ ihm die polnische Führung keine andere Wahl, als „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“. ¹⁵ Auf diese Weise drückte die Außenpolitik Warschaws im Jahr 1939 der Entwicklung der Ereignisse am Vorabend und in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs einen wichtigen Stempel auf, indem sie Hitler zwang, die Richtung seines ersten Schlages von West nach Ost zu verlegen und den Krieg früher zu beginnen, als er beabsichtigt hatte.¹⁶

¹⁰ *Theo Sommer*: Deutschland und Japan zwischen den Mächten, 1935–1940. Vom Antikomin-ternpakt zum Dreimächtepakt. Tübingen 1962, S. 94, 98f.

¹¹ ADAP, Ser. D, Bd. IV, Dok. 411, Anl. S. 464–465. Wie aus diesem Dokument hervorgeht, sollte der Gesprächsgegenstand auf den bevorstehenden Sitzungen der geplante „Krieg Deutschland/Italien gegen Frankreich/England mit dem Ziel, zunächst Frankreich zu zerschlagen“ sein.

¹² *Hermann Graml*: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939. München 1990, S. 145.

¹³ ADAP, Ser. D, Bd. V: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten. Juni 1937 – März 1939. Baden-Baden 1953, Dok. 81, S. 87–89; *Josef Lipski*: Diplomat in Berlin, 1933–1939. Papers and Memoirs of J. Lipski, Ambassador of Poland. Ed. by Wazlaw Jedrzejewicz. New York/London 1968, Doc. 124, S. 453–458.

¹⁴ *Hans-Erich Volkmann*: NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, S. 366.

¹⁵ Bericht über eine Besprechung am 23. Mai 1939. In: ADAP, Ser. D, Bd. VI: Die letzten Monate vor Kriegsausbruch. März bis August 1939. Baden-Baden, 1956, Dok. 433, S. 479.

¹⁶ Ausführlicher siehe *Sergej Z. Sluč*: Pol'sa v politike Tre'tego rejcha nakanune Vtoroj mirovoj vojny (1938–1939). In: *Boris V. Nosov, Jurij E. Ivonin* (otv. red.): Rossija, Pol'sa, Germanija v evropejs-

Angesichts der bereits formulierten oder im Prozess der Reifung befindlichen außenpolitischen Zielsetzungen konnte die Beziehung der Führung des Dritten Reiches zur Sowjetunion ausschließlich untergeordnete und instrumentelle Bedeutung haben. Dies erklärt sich nicht zuletzt durch den starken Rückgang der durch die destruktive Innen- und Außenpolitik des totalitären Regimes geschwächten Bedeutung der UdSSR in der internationalen Arena, was natürlich bei den deutschen Diplomaten in Moskau nicht unbemerkt blieb.¹⁷ Nicht zuletzt auf Grundlage ihrer Informationen charakterisierte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, die Position seiner Behörde bezüglich der UdSSR dahingehend, dass „Russland weder als Freund noch als Feind Interesse biete.“¹⁸

Ein solcher Ansatz schloss freilich die Aufrechterhaltung und sogar eine gewisse Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion nicht aus. So wurden beispielsweise in den letzten Monaten des Jahres 1938 im Zusammenhang mit der von Hitler ausgegebenen Zielsetzung der Steigerung der Rüstungsproduktion sowie der stark gestiegenen Nachfrage an strategischen Rohstoffen von einigen beteiligten Behörden Vorschläge zur Aktivierung des deutsch-sowjetischen Handels mittels Gewährung eines umfangreichen Kredits zu Vorzugsbedingungen an die Sowjetunion ausgearbeitet. Das deutsche Auswärtige Amt, das eine Weisung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, und die Zustimmung Ribbentrops bekommen hatte, beschloss Ende 1938/Anfang 1939 Maßnahmen zur Ausweitung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen.¹⁹

Gab es damals in den politischen und militärischen Strukturen des Dritten Reiches anderweitige Ansätze oder Ausarbeitungen hinsichtlich der Politik gegenüber der UdSSR in der nächsten Zeit? Eine, wie es auf den ersten Blick scheint, rhetorische Frage. Sie erfordert jedoch einige Erläuterungen, insbesondere im Zusammenhang mit Publikationen des deutschen Historikers Rolf-Dieter Müller, die während der Entstehung des vorliegenden Aufsatzes erschienen sind.²⁰ Darin wird allein die Tatsache der militärischen Planung von Kriegsoperationen gegen die UdSSR durch einzelne Instanzen des Kommandostabes in den Jahren 1938 bis 1939 – dabei nicht als eigenständiger Feldzug – faktisch mit angeblichen Absichten Hitlers gleichgesetzt, bereits 1939 einen Krieg gegen die UdSSR zu beginnen. Ohne in eine Polemik mit dieser offensichtlich sensationsheischenden Konzeption, die auf einer überaus selektiven Verwendung von Dokumenten und historischen Fakten basiert – noch dazu ohne Berücksichtigung der realen Möglichkeiten der Wehr-

koj i mirovoj politike. XVI–XX vv. Moskva 2002, S. 305–352.

¹⁷ Vgl. beispielsweise den Bericht des deutschen Botschafters E.-W. Graf von der Schulenburg vom 18. November 1938 über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR nach der tschechoslowakischen Krise (ADAP, Ser. D, Bd. IV, Dok. 480, S. 534–537).

¹⁸ Aufzeichnung des Gesprächs E. von Weizsäckers mit dem lettischen Außenminister, V. Munters vom 14. Dez. 1938. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Botschaft Moskau. Akten betr.: Geheim-Vorgänge vom 1938, Geheim. Bd. 1, Bl. 191237.

¹⁹ *Heinrich Schwendemann*: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm? Berlin 1993, S. 34–37.

²⁰ *Rolf-Dieter Müller*: Der Feind steht im Osten: Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939. Berlin 2011; *ders.*: Operacija «Barbarossa» uže v 1939 godu? (Razmyšljenija o germanskich voennyh opcijach). In: Rossijskaja istorija. 2011. Nr. 3, S. 3–22.

macht im Jahr 1939 –, eintreten zu wollen, ist anzumerken, dass unter den Bedingungen eines totalitären Regimes nicht die Ausarbeitungen militärischer Stäbe und die Ansichten hochrangiger Repräsentanten der Generalität den außenpolitischen Kurs des Landes bestimmten, sondern die militärpolitischen Entscheidungen Hitlers. Eben diese Entscheidungen und nicht einzelne Äußerungen – erst recht bei Zusammenkünften mit ausländischen Diplomaten, bei welchen schon von vornherein die Zwecksetzung der in Umlauf gebrachten Informationen festgelegt war²¹ – führten im August 1939 zum Abkommen mit der UdSSR und nicht zu einem Angriff auf sie.

Die endgültige Entscheidung über den Krieg mit Polen traf Hitler sehr wahrscheinlich nicht früher als in der zweiten Hälfte des Mai 1939. Am 23. Mai stellte er bei einer Zusammenkunft mit der obersten Militärführung seine Sicht der internationalen Lage dar und gab die jüngsten militärisch-politischen Entscheidungen bekannt. Hitlers Äußerungen, die sich in einem Dokument finden, das als „Schmundt-Protokoll“ bekannt ist, sind höchst widersprüchlich. Auf der einen Seite behauptete er, dass die „Auseinandersetzung mit Polen [...] nur dann von Erfolg [sein werde], wenn der Westen aus dem Spiel bleibt“, führt aber im gleichen Moment den Vorbehalt an, dass „es nicht sicher [ist], daß im Zuge einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung ein Krieg mit dem Westen ausgeschlossen bleibt“. Falls dieser eintreten sollte, „ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen“. Nach Meinung Hitlers durfte es „auf keinen Fall“ zu einem Krieg mit Polen und zu einer „gleichzeitigen Auseinandersetzung mit dem Westen (Frankreich u. England) kommen“. Offensichtlich konnte nach solchen Aussagen bei den Anwesenden der Gedanke an eine reale Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg entstehen, der von mehreren Generationen von deutschen Politikern und Generalstäblern als Alptraum empfunden worden war. Deshalb formulierte Hitler deutlich als Hauptaufgabe der kommenden Monate: „Es ist Sache geschickter Politik, Polen zu isolieren.“²²

Dies erwies sich jedoch als eine sehr schwierige Angelegenheit, da sie nicht nur die Verhinderung einer Einmischung der Westmächte in den deutsch-polnischen Krieg voraussetzte, sondern auch die Vereitelung der Bildung einer englisch-französisch-sowjetischen Koalition, die eine Bedrohung für Hitlers sämtliche Pläne in sich barg. Der am 22. Mai unterzeichnete „Stahlpakt“ mit Italien gab keinerlei Anlass, auf dieses Land in einem bevorstehenden Krieg als Verbündeten zu zählen. Japan wich dem Eintritt in das deutsch-italienische Militärbündnis überhaupt aus, was sich wiederum negativ auf die Möglichkeit auswirkte, eine Bedrohung für Großbritannien an der Peripherie seines *Empires* zu schaffen und damit die Aufmerksamkeit Londons von europäischen Problemen abzulenken. Der Abschluss des anglo-japanischen Arita-Craigie Abkommens am 24. Juli überzeugte Hitler und von Ribbentrop endgültig davon, dass man nicht auf Japan als Faktor zählen könne, der Großbritannien von den Ereignissen in Europa ablenken würde. Während man in der Wilhelmstraße immer mehr die faktische Nutzlosigkeit des „Stahlpaktes“

²¹ So spiegelt beispielsweise die in der Literatur häufig zitierte Äußerung Hitlers im Gespräch mit dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl Jacob Burckhardt, vom 11. August 1939 (vgl.: *Carl Jacob Burckhardt: Meine Danziger Mission. 1937–1939.* München 1960, S. 348), bei all ihrer Plausibilität und ihrem Realismus, gleichwohl das Bestreben Hitlers wider, seinen Einfluss auf die Führer der Westmächte geltend zu machen, um sie davon abzuhalten, sich in den deutsch-polnischen Krieg einzumischen.

²² ADAP, Ser. D, Bd. VI, Dok. 433, S. 479.

für die Lösung des Problems der Isolation Polens erkannte, fügte der „Abfall“ Japans nicht nur der globalen Konzeption Ribbentrops einen schweren Schlag zu, nämlich der Schaffung eines antibritischen „weltpolitischen Dreiecks“, wie der deutsche Historiker Wolfgang Michalka es nennt,²³ sondern stellte auch die Möglichkeiten der deutschen Diplomatie in Frage, den deutsch-polnischen Konflikt einzudämmen.

Somit war das Instrumentarium, das die Naziführung zur Isolierung Polens benötigte, nahezu erschöpft, und Deutschland sah sich mit der Aussicht eines Krieges in Europa mit ungesichertem Hinterland und ohne wirkliche Verbündete konfrontiert, während die doppelte „Überaufgabe“ im Gegenteil bestand, nämlich, nachdem der Krieg mit Polen begonnen war, um jeden Preis einen Zweifrontenkrieg, d. h. einen langwierigen Krieg mit vielen Gegnern, zu vermeiden, ihnen vielmehr je einzeln Niederlagen zuzufügen sowie die größtmögliche wirtschaftliche Unverwundbarkeit Deutschlands zu erreichen und eine Blockade zu verhindern.

Da er nicht imstande war, dieses Problem im Rahmen der Mitte 1939 gegebenen Umstände zu lösen, versuchte Hitler diese an die Bewältigung der ihm gestellten Aufgabe „anzupassen“, d. h. das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent zu verändern. Gerade deshalb hielt Hitler es in der zweiten Julihälfte 1939 für erforderlich, ein politisches Abkommen mit der UdSSR zu erzielen, das deren wohlwollende Neutralität und wirtschaftliche Unterstützung in einem künftigen Krieg sichern würde.

Und dieses Ziel wurde in der möglichst kürzesten Zeit erreicht, in weniger als einem Monat, was nicht nur mit dem Durchsetzungsvermögen der deutschen Diplomatie erklärt werden kann ...²⁴ Außerdem beruhigte Hitler – wenn auch nicht völlig – die Militärspitze, indem er am 22. August nicht ohne Grund erklärte: „Die persönliche Verbindung mit Stalin ist hergestellt. Von Ribbentrop wird übermorgen den Vertrag schließen. [...] Wir brauchen keine Angst vor Blockade zu haben. Der Osten liefert uns Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink.“²⁵

Die große Abhängigkeit von Importen strategischer Rohstoffe war eine offensichtliche Schwäche des kriegswirtschaftlichen Potentials Deutschlands. Ende März 1939 erklärte der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, General Georg Thomas,

²³ *Wolfgang Michalka*: Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik. 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich. München 1980, S. 254, 256.

²⁴ Zu den Gründen, die Stalin dazu bewogen, das Abkommen mit dem Dritten Reich zu erzielen, vgl. *Sergej Slutsch*: Stalin und Hitler 1933–1941: Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml, in: *Jürgen Zarusky* (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. München 2006, S. 59–88.

²⁵ ADAP. Ser. D. Bd. VII: 1937–1941; Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, Dok. 192, S. 170. Ich behandle hier nicht die Frage, inwieweit es gerade bei diesen von Hitler erwähnten Rohstoffarten aufgrund der Blockade zu einer maximalen Versorgungslücke kommen konnte, die durch sowjetische Exporte hätte abgedeckt werden können. Dabei, wie es in einem vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW im August 1939 erstellten Bericht heißt: „kann die Schaffung unserer vor der Blockade geschützten Großraumwirtschaft nur auf dem Wege einer engen ökonomischen Zusammenarbeit mit Russland garantiert werden“ (zit. nach: *Edward E. Ericson*: Feeding the German Eagle. Soviet Economic Aid to Nazi Germany, 1933–1941. Westport, Conn. a.o. 1999, S. 54).

„daß ein Krieg unter Einsatz aller Energien kurz und schlagkräftig geführt werden muß, da ein langer Krieg ernährungs- und rohstoffmäßig nicht durchgehalten werden kann“.²⁶

In einem Anfang August 1939 verfassten Bericht dieses Amtes wird festgestellt, die kriegswirtschaftliche Gesamtlage habe „im laufenden Jahr keine entscheidende Verbesserung erfahren, auf einzelnen Gebieten ist vielmehr eine Verschlechterung festzustellen“.²⁷ Dabei könne der größte Engpass – der Versorgungsgrad mit Treibstoff – zu weniger als einem Drittel durch Eigenproduktion abgedeckt werden.²⁸ Die Treibstoffvorräte könnten nur für ein paar Kriegsmonate ausreichen, was Deutschland natürlich in eine sehr schwierige Lage bringen würde, sollte der Krieg länger andauern. Insgesamt musste das Land zu Beginn des Krieges ein Drittel seines Bedarfs an Rohstoffen durch Importe decken.²⁹ Dies betraf, wohlgemerkt, den Gesamtbedarf, bei einzelnen Arten von strategischen Rohstoffen war diese Abhängigkeit bedeutend höher, selbst wenn man deren Wiederaufbereitung berücksichtigt: Eisenerz – 45 %, Blei – 50 %, Erdöl – 66 %, Kupfer – 70 %, Kautschuk – 85-90 %, Zinn – 90 %, Nickel – 95 % und Aluminium – 100 %.³⁰

Die äußerst angespannte Lage bei den strategischen Rohstoffen wirkte sich auch auf die Ausstattung der Wehrmacht mit Munition aus. Nach Beendigung des kurzen Polenfeldzuges verfügte nur ein Drittel der Divisionen über Munitionsvorräte, und das für nicht mehr als 14 Tage Gefechtseinsatz; die Reserven reichten der Wehrmacht noch für zwei Wochen Gefechtseinsatz, aber nur, wenn ein täglicher Durchschnittsverbrauch eingehalten wurde, wie das im Polenfeldzug praktiziert worden war.³¹ Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, welch große Bedeutung den im August/September 1939 mit der UdSSR erreichten Vereinbarungen im Oberkommando der Wehrmacht beigemessen wurde.

Just auf der Grundlage der erreichten politischen Vereinbarungen meldete die deutsche Wirtschaftsdelegation, die in Moskau in der ersten Oktoberhälfte ankam, bereits bei der ersten Begegnung mit dem Volkskommissar für Außenhandel, Anastas Mikojan, ohne weitere Umschweife ihre Wünsche an: „Zunächst wird es bei allen Lieferungen vorrangig um Buntmetalle gehen, welche die Sowjetunion dringend aus ihren Reserven an Deutschland liefern soll [meine Hervorhebung – S.S.], oder sie soll die Rolle des Vermittlers beim Ankauf dieser Metalle in anderen neutralen Ländern für den anschließenden Weiterverkauf nach Deutschland übernehmen. Insbesondere wird sich dies auf seltene Metalle beziehen.“³²

In einem Anfang Dezember 1939 erarbeiteten Dokument des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes wird betont, dass „das Abkommen mit Russland“ biete „u.a. auch die

²⁶ Zit. nach: *Karl-Heinz Frieser*: Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940. München 1995, S. 32.

²⁷ Bericht des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW vom 9. Aug. 1939. Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), Freiburg/Br., RW 19/171, Bl. 201.

²⁸ Vgl. *Elke-Anja Bagel-Bohlan*: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung, 1936–1939. Koblenz 1975, S. 96.

²⁹ Vgl. *Georg Thomas*: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft. (1918–1943/45). Hrsg. von *Wolfgang Birkenfeld*. Boppard/Rh. 1966, S. 113.

³⁰ Vgl. Bericht des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW vom 9. Aug. 1939. BA-MA, RW 19/171, Bl. 204.

³¹ *Frieser*, Blitzkrieg-Legende, S. 26.

³² *Zapis' besedy narodnogo komissara vnešnej trgovli A.I. Mikojana s germanskoj ékonomičeskoj delegaciej 9 okt. 1939 g.* Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGAS-PI), f. 84, op. 1, d. 17, l. 4.

Möglichkeit, Russland als Einkäufer für kriegswichtige Rohstoffe wie NE-Metalle und Kautschuk zu benutzen“. Russland stehe „als Rohstoffquelle zur Verfügung“. ³³ Diese Behauptung war offensichtlich Wunschdenken, nahm sie doch die Ergebnisse der schwierigen, viermonatigen Verhandlungen über den Abschluss einer Wirtschaftsübereinkunft zwischen Deutschland und der UdSSR vorweg, die am 11. Februar mit der Unterzeichnung eines umfassenden Wirtschaftsabkommens abgeschlossen wurden. ³⁴ Gemäß dieses Vertrages und der dazugehörigen Dokumente verpflichtete sich die Sowjetunion im Zeitraum von 1,5 Jahren, d. h. bis zum 11. August 1941, die oben genannten Buntmetalle und seltene Metalle in folgenden Mengen an Deutschland zu liefern: Kupfer – 11.000 Tonnen, Nickel – 3.000 Tonnen, Zinn – 950 Tonnen, Molybdän – 500 Tonnen, Wolfram – 500 Tonnen, Kobalt – 3 Tonnen. ³⁵ Dies war natürlich nur ein Teil der vielfältigen sowjetischen Lieferungen nach Deutschland, wenn auch ein für die Rüstungsindustrie des Dritten Reiches außerordentlich wichtiger. Auf eben diesen Umstand lenkte der Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation, Ivan Tevosjan, bei den Gesprächen in Berlin die Aufmerksamkeit, als er erklärte, dass „die sowjetische Regierung nicht einverstanden gewesen wäre, jedem Land Rohstoffe in so großen Mengen und solcher Art zu verkaufen, wie sie sie an Deutschland liefern wird.“ ³⁶

Einen großen Anteil an den sowjetischen Lieferungen hatten auch Erdölprodukte, die in nicht geringem Maß die motorisierten Einheiten der Wehrmacht, Luftwaffe und Marine mit Treibstoff versorgten. Die UdSSR war bereit, im Laufe des Jahres 1940 900.000 Tonnen zu liefern, ³⁷ obwohl die deutsche Seite auf einem viel größeren Umfang bestand. ³⁸

Das Interesse des Dritten Reiches erschöpfte sich nicht im Erhalt von Energie- und Treibstoffressourcen oder seltenen Metallen aus der UdSSR. Ein vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel erstellter Bericht an das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW betonte: „Die Agrarbasis Russlands kann in einem längeren Krieg von ausschlaggebender Bedeutung werden.“ Russland könne, „durch Getreide- und Butterausfuhr die Blockadefestigkeit Deutschlands steigern.“ ³⁹

³³ OKW Wi Rü Amt/Wi Ia M1. Deutsche Außenhandelslage Nr. 1 vom 6. Dez. 1939. BA-MA, RW 4/v. 308, Bl. 159.

³⁴ Dokumenty vnešnej politiki [SSSR]. Hrsg. von MID RF. T. 23. Kn. 1: 1 jan. 1940 – 31 okt. 1940. Moskva 1995, Dok. 41, S. 80–85.

³⁵ Ebd., S. 85.

³⁶ Zapis' besedy narkoma sudostroitel'noj promyšlennosti I.F. Tevosjana s poslom dlja osobych poručenij v MID Germanii K. Ritterom 13 nojab. 1939 g. Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (AVP RF), f. 06, op. 1, p. 7, d. 69, l. 26.

³⁷ Vgl. zapis' besedy A.I. Mikojana s K. Ritterom i K. Šnurre 17 okt. 1939 g. RGASPI, f. 84, op. 1, d. 146, l. 89. Bis Ende 1940 wurden 691,65 Tausend Tonnen geliefert (vgl. Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, Anh. Tab. 6, S. 370).

³⁸ Vgl. zapis' besedy I.F. Tevosjana s K. Ritterom i K. Šnurre, 7 dek. 1939 g. RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1161, l. 87.

³⁹ Das russische Wirtschaftspotential und die Möglichkeit einer Intensivierung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen (Sept. 1939). BA-MA, RW 19, Anh. I/702, Bl. 36. Bis zum 31. Dez. 1940 lieferte die UdSSR an Deutschland 880,65 Tausend Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte (vgl. Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, Anh. Tab. 6, S. 370). Die Gesamtsumme in der Tabelle entspricht nicht der Summe der Zwischenwerte.

Allerdings sind die Kalkulationen und Anforderungen der deutschen Seite in den Verhandlungen nur ein, wenn auch bedeutsamer, so doch nicht der wichtigste Bestandteil des mit der Sicherstellung strategischer Rohstoffe und Nahrungsmittel für das Reich verbundenen Problems. Der entscheidende Faktor war die grundsätzliche Haltung der sowjetischen Seite in dieser Frage. Diese Position wurde von Stalin angesprochen, der in einem Gespräch mit dem Botschafter zur besonderen Verwendung Karl Ritter sagte, dass er „nicht daran denkt, den Handelsverkehr zu einem gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu machen, er denkt an Hilfe“ für Deutschland.⁴⁰ In der Praxis wurde diese strategische Orientierung in der Weise umgesetzt, dass im Jahr 1940, nach Berechnungen des deutschen Historikers Heinrich Schwendemann, 52 % des gesamten sowjetischen Exports auf Deutschland entfiel,⁴¹ von dem ein Teil (Getreide, Erdölprodukte) von anderen Ländern auf das Dritte Reich umgelenkt wurde.⁴² Und obwohl nach Ansicht deutscher Experten der Umfang dieser Lieferungen größer hätte sein können, zahlten sich die Abkommen mit der UdSSR insgesamt voll und ganz aus, und die Sowjetunion wurde bereits nach Ablauf des ersten Jahres der intensiven Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum größten Lieferanten Deutschlands nach Südosteuropa.⁴³

Im Spätherbst des Jahres 1940 begann eine neue Phase, vor allem in der Wirtschaftspolitik des Kremls – das „Appeasement“ Hitlers. Die ersten Schritte in diese Richtung unternahm die sowjetische Seite bereits im November 1940 im Zuge der Verhandlungen über ein neues Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen. Diese Schritte beinhalteten umfangreiche Zugeständnisse hinsichtlich der Liefermengen für Getreide, die Deutschland bis zum Jahr 1943 garantiert werden sollten.⁴⁴ Wie Vjačeslav Molotov am 28. November bei einer Unterredung mit Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg und dem Leiter der deutschen Delegation, Karl Schnurre, im Laufe der Handels- und Wirtschaftsgespräche erklärte, habe „die sowjetische Regierung den Entschluss gefasst, der deutschen Regierung entgegenzukommen und ihre Staatsreserven anzugreifen, wobei diese Reserven stark angegriffen werden mussten. Dennoch hat die sowjetische Regierung in Anbetracht des deutschen Bedarfs an Getreide beschlossen, der Bitte Deutschlands voll und ganz zu entsprechen und 2,5 Millionen Tonnen

⁴⁰ DVP. T. 23. Kn. 1, Dok. 1, S. 8.

⁴¹ *Schwendemann*, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, S. 259. Wenn die Berechnungen Schwendemanns sich nur auf die von ihm angegebenen Quelle stützen (*Vnešnjaja torgovlja SSSR 1918–1966. Statističeskij sbornik. Moskva 1967*), dann wecken sie beträchtliche Zweifel, da die publizierten Daten der sowjetischen Statistik, die noch dazu eine geflissentlich totgeschwiegene und besonders falsifizierte Periode der sowjetisch-deutschen Beziehungen betreffen, zweifellos verfälscht wurden.

⁴² Vgl. *zapis' besedy A.I. Mikojana s predstaviteljami germanskoj ékonomičeskoj delegacii K. Ritterom i K. Šnurre 14 okt. 1939 g.* RGASPI, f. 84, op. 1, d. 17. l. 21.

⁴³ Vgl. Bericht von Oberst Dietrich „Die wehrwirtschaftliche Versorgung Deutschlands aus dem Ausland“ (Sept. 1940). BA-MA, RW 19/3125, Bl. 9/R.

⁴⁴ *Ernst Köstring*: General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. 1921–1941 / Bearb. von Hermann Teske. Frankfurt/M. 1965, S. 291. Die Veränderungen in der Haltung der sowjetischen Seite im Laufe des November 1940 spiegeln sich anschaulich in den Schreiben Köstrings an den Oberquartiermeister IV im Generalstab des Heeres, General K. von Tippelskirch, vom 6. Nov., 28. Nov., und 4. Dez. 1940 wider (Ebd., S. 284, 289, 291).

Getreide zu liefern“.⁴⁵ Der Militärattaché in Moskau, Ernst Köstring, bezeichnete das als ein „Ereignis, das für uns wirtschaftlich von größter Bedeutung ist“⁴⁶, zu einem Zeitpunkt als Deutschland gegenüber der UdSSR das im Vergleich zu anderen Staaten größte Handelsdefizit aufwies – es betrug 175 Millionen Reichsmark.⁴⁷ Dem folgte bekanntlich ein neues sowjetisch-deutsches Wirtschaftsabkommen, das am 10. Januar 1941 geschlossen wurde⁴⁸ und beschleunigte Lieferungen von Lebensmitteln und Rohstoffen aus der UdSSR vorsah, deren Löwenanteil auf die erste Hälfte des Jahres 1941 entfiel. Über seine Bedeutung für das Dritte Reich äußerte sich Schnurre unmissverständlich in einem Bericht für die deutschen Militärattachés in Moskau zwei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens: „Die Vereinbarung ist auf russische Lieferungen beschränkt, die dringend für die Kriegsführung benötigt werden.“⁴⁹

In welchem Ausmaß die Lieferungen strategischer Rohstoffe und Nahrungsmittel aus der UdSSR es dem Reich gerade in diesem Zeitraum (Januar bis Mai 1941) ermöglichten, die aufgrund der Blockade entstandenen Versorgungslücken aufzufüllen, zeugen folgende Angaben zu ihrem Anteil am deutschen Gesamtimport: Erdöl (30 %), Phosphate (43 %), Zink (50 %), Nickel (50 %), Kupfer (52 %), Asbest (58 %), Mangan (65 %), Platin (82 %), Weizen (52 %), Baumwolle (65 %), Gerste (72 %), Hafer (97 %), Roggen (100 %).⁵⁰ Dazu müssen noch die Transitlieferungen aus Südostasien über das Territorium der UdSSR gerechnet werden, insbesondere eines so wichtigen strategischen Rohstoffs wie Kautschuk. Die Verteilung der sowjetischen Lieferungen strategischer Rohstoffe und Lebensmittel über die Monate der Jahre 1940 und 1941 liefert den Nachweis, dass sie aufgrund ihrer kurzen Dauer kaum eine spürbare Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung des Westfeldzuges der Wehrmacht spielten, jedoch einen erheblichen Beitrag zur Lebensmittel- und Rohstoffversorgung im Rahmen des Unternehmens „Barbarossa“ leisteten.⁵¹

Zugleich erhielt Hitler von der sowjetischen Führung Unterstützung von beispielloser Bedeutung, und das keineswegs im wirtschaftlichen Bereich. Darüber sprach er schon drei Monate nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts mit der UdSSR in einer Rede vor den Spitzen der Wehrmacht am 23. November 1939: „Es ist das eingetreten, was man sich seit 1870 gewünscht und tatsächlich für unmöglich hielt. Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir nur gegen eine Front zu kämpfen, die andere ist z. Zt. frei. [...]

⁴⁵ Dokumenty vnešnej politiki. T. 23. Kn 2 (1), Moskva 1998, Dok. 530, S. 153.

⁴⁶ Köstring, General Ernst Köstring, S. 291.

⁴⁷ Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, S. 260, 261, Tab. 1. S. 367.

⁴⁸ DVP. T. 23. Kn. 2/1: 1 nojab. 1940 – 1 marta 1941. Moskva 1998, Dok. 639, S. 292–301 (hier: S. 293).

⁴⁹ Bericht des Marineattachés in Moskau, Kapitän zur See N. von Baumbach an OKM vom 12. Jan. 1941. BA-MA, RM 7/1339, Bl. 97.

⁵⁰ Schwendemann, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, Anh, Tab. 8, S. 373.

⁵¹ Wolfgang Birkenfeld: Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939–1941). In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 53 (1966), S. 509. Schnurre, der von 1939 bis 1941 sämtliche Handels- und Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR unterzeichnete, meinte nicht ohne Grund, „sowohl der vorjährige Wirtschaftsvertrag mit der Sowjetunion als auch der jetzige [sein] von vitaler Bedeutung für die deutsche Kriegsführung.“ (BA-MA. RM 7/1339. Bl. 99).

Jetzt wird die Ostfront mit wenigen Divisionen gehalten.“⁵² In der Tat waren während der Vorbereitung und Durchführung des Westfeldzuges im Osten (auf dem besetzten Gebiet Polens und in Ostpreußen) neun Infanteriedivisionen verblieben (die sich aus Angehörigen der dritten und sogar der neunten Mobilisierungswelle zusammensetzten), die ihre Artillerie den Reservetruppen des Oberkommandos und den neu formierten Divisionen übergaben und je eine leichte Artillerieabteilung behielten. Die Divisionen der dritten Mobilisierungswelle bestanden nahezu zur Hälfte (46 %) aus Angehörigen der Landwehr, d. h. Wehrpflichtigen im Alter von 35 bis 45 Jahren, ungefähr 42 % hatten eine kurze (zweimonatige) militärische Ausbildung absolviert. Die Kampfkraft dieser Divisionen war gering, ganz zu schweigen von den Divisionen der neunten Mobilisierungswelle. Alle diese Divisionen wurden nach Beendigung des Westfeldzuges aufgelöst.⁵³

Zum Vergleich: Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der Schutz der über 900 km langen Grenze mit Russland der 8. Deutschen Armee (vier Korps mit sechs Infanteriekadern, drei Infanterie-Reserve-Divisionen und einer Kavallerie-Division – ca. 120.000 Mann) übertragen worden.⁵⁴ Nun jedoch wurden an der fast 2.000 km langen Grenze bedeutend weniger Truppen mit wesentlich geringerer Kampfkraft belassen. Dies ermöglichte es, zur Durchführung des Westfeldzugs 135 Divisionen abzustellen, darunter alle Panzer- und motorisierten Verbände, aber auch alle Infanterie-Kaderverbände. Es ist schwer zu sagen, wie die Schlagkraft der Wehrmacht im Falle der Notwendigkeit einer anderen Kräfteverteilung zwischen dem Westen und dem Osten ausgesehen hätte, wenn der Nichtangriffspakt nicht gewesen wäre und welche Beschlüsse die oberste Militärführung des Reiches diesbezüglich gefasst hätte. Es ist jedoch offensichtlich, dass die für den Hauptschlag eingesetzten Kräfte deutlich schwächer gewesen wären.

Praktisch keiner der Verbündeten Nazideutschlands ermöglichte diesem im Verlauf des gesamten Zweiten Weltkrieges so über seine Streitkräfte zu disponieren wie die sowjetische Führung in den Jahren 1939 und 1940, die sie sogar die hypothetische Gefahr eines Zweifrontenkrieges von der Tagesordnung nahm, oder, wie Molotov es diplomatisch formulierte, „Deutschlands ruhige Zuversicht im Osten“ während der Zerschlagung Frankreichs sicherstellte.⁵⁵ Nachdem das Hauptziel des Außenpolitischen Programms Hitlers – die Eroberung der Sowjetunion – während der gesamten Geltungsdauer des Nichtangriffspaktes unverändert blieb, wurde der Beginn seiner Verwirklichung sogar noch beschleunigt, vor allem durch die vorteilhafte Möglichkeit, nur an einer einzigen Front Krieg zu führen, die durch diese Vereinbarung mit der UdSSR überhaupt erst geschaffen wurde.

⁵² ADAP, Ser. D, Bd. VIII/1: Die Kriegsjahre. 14. Sept. bis 18. März 1940. Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, Dok. 384, S. 347.

⁵³ *Burkhardt Müller-Hillebrand*: Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues. Bd. 2: Die Blitzfeldzüge 1939–1941. Darmstadt 1956, S. 45. Ich danke G. Bennett (Institut für Zeitgeschichte München) für seine Hintergrundinformationen zu den Standorten der aufgelösten Divisionen.

⁵⁴ *Gerhard P. Gross*: Im Schatten des Westens. Die Deutsche Kriegsführung an der Ostfront bis Ende 1915. In: *Ders.* (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Paderborn u. a. 2006, S. 52.

⁵⁵ *Sed'maja sessija Verchovnogo Soveta SSSR 1-go sozyva*. Moskva 1940, S. 24.

Auf diese Weise war der Nichtangriffspakt mit der UdSSR vom 23. August 1939 für Hitler die auf kurze Sicht optimale Lösung in der schwierigen Situation des Sommers 1939, die ihm eine ganze Reihe von militärstrategischen und kriegswirtschaftlichen Vorteilen zur Führung eines Krieges sowohl gegen Polen als auch im Weiteren gegen die Westmächte einbrachte. Gleichzeitig war der Pakt – nach der bildhaften, aber äußerst treffenden Definition des deutschen Historikers Rolf Ahmann – ein „Noch-Nichtangriffspakt“, ⁵⁶ während dessen Gültigkeit Stalin von Hitler gänzlich ausgespielt wurde, wenn auch nur für sehr kurze Zeit.

⁵⁶ *Rolf Ahmann: Nichtangriffspakte. Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922–1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg. Baden-Baden 1988, S. 641.*